WELT+ MEINUNG MITSCHULD DER GRÜNEN

Wer, bitte, schürt denn die Verunsicherung, von der die AfD so profitiert?

Stand: 27.05.2023 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Anna Schneider**
Chefreporterin

WELT-Autorin Anna Schneider

Quelle: HC Plambeck

Wer ist schuld am Aufwind der AfD? Die links-grüne Blase meint: Es müsse wohl an CDU und FDP liegen, die rechte Positionen salonfähig gemacht hätten. Aber mal abgesehen davon, dass die Union derzeit vieles ist, aber sicher nicht zu rechts: Sollten sich nicht eher die Grünen hinterfragen?

Mit der Demokratie ist es ein bisschen so wie mit der Freiheit: Sie ist eine Zumutung. Sie fordert nicht nur den Einzelnen, sondern auch sein jeweiliges Gegenüber, das ist der – durchaus angemessene – Preis, den Eigenverantwortung und Mündigkeit verlangen. Klingt anstrengend, ist es auch, doch noch ist niemand auf eine bessere Idee gekommen – zumindest nicht, dass ich wüsste.

Nun ist es so, dass die AfD nach und nach zum Umfragenkönig (https://link.newsletter.welt.de/u/nrd.php?p=uid_$llid$_4355594_1_3&ems_l=$launchId$&i=1&_esuh=_11_1384ff66d1addc15d96caa5455b93ec716d1c26499b1d36d3fcaef9f849e406d) wird – da sind sie, die demokratischen Schmerzen, denen man auf durchaus unterschiedliche Weise begegnen kann.

Laut der jüngsten Insa-Umfrage liegt die AfD also bundesweit bei 17 Prozent, deutlich vor den Grünen mit 14 Prozent. Im Osten erreicht sie laut Umfragen inzwischen rund ein Viertel der Wähler. Dazu kommt, dass der Prozentsatz wahlberechtigter Bürger, für die es grundsätzlich nicht infrage kommt (https://link.newsletter.welt.de/u/nrd.php?p=uid_$llid$_4355594_1_5&ems_l=$launchId$&i=1&_esuh=_11_0023b1f1a8162be55572cd6d29ba80a4547d9a111f6c057db1dabf9b7dd44641), die AfD zu wählen, weiter gefallen ist. Bis Mitte Mai sank der Anteil, der im vergangenen Dezember noch bei 60 Prozent lag, auf knapp 54 Prozent, wie Insa ermittelte.

Im gleichen Zeitraum stieg demnach das Potenzial möglicher weiterer AfD-Wähler von 6,8 auf 8,4 Prozent. Wie das sein kann, fragt man sich, und wird zunächst beim „Spiegel“ fündig. Acht Autoren erklären in einem sehr langen Text (https://link.newsletter.welt.de/u/nrd.php?p=uid_$llid$_4355594_1_7&ems_l=$launchId$&i=1&_esuh=_11_ac8578bc2c1a0b59364f71689d836ffe7f3035275cd617be0209a0e97e76db06), woran es liegen mag, dass mit der AfD zusehends weniger gefremdelt wird.

„Wie Union und FDP der AfD helfen“, liest man da im Titel. „Die AfD steht so gut da wie seit Langem nicht. Nach zehn Jahren hat sie sich etablieren können und den Diskurs nach rechts verschoben – auch dank Union und der Liberalen“ – und staunt nicht schlecht.

Wer kennt sie nicht, die (zu) rechte CDU, die sich seit Angela Merkels Regierungszeit noch immer nicht von ihrer eigenen Sozialdemokratisierung erholt hat, die höhere Steuern fordert und deren Vorsitzender inzwischen kein Problem mehr mit Frauenquoten hat; oder die (zu) rechte FDP, die gerade für ein Selbstbestimmungsgesetz (/debatte/kommentare/plus245489918/Selbstbestimmungsgesetz-Dieses-Detail-laedt-zu-Missbrauch-geradezu-ein.html) und erleichterte Einbürgerungen Seite an Seite mit ihren Koalitionären in der Ampel kämpft.

Dass die Leichtigkeit, mit der die AfD momentan Stimmen bei von konservativen und liberalen Kräften enttäuschten Wählern einsammelt, daher kommen könnte, dass es nebst linken Positionen kaum oder meist nur zaghafte Alternativen gibt, kommt den Autoren offenbar nicht in den Sinn.

„All das erzeugt Verunsicherung“

Nur kurz flackert Erkenntnis auf. „Die AfD, die als rechtsextremer Verdachtsfall vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird, ist nicht nur in fast allen Parlamenten der Republik vertreten, sondern in Umfragen so stark wie seit fast fünf Jahren nicht. Dazu trägt die allgemeine Verunsicherung bei, ein weiterer Grund könnte sein, dass die Zahl der Geflüchteten wieder deutlich gestiegen, das Thema sehr präsent ist. Doch reicht das als Erklärung aus?“, liest man an anderer Stelle.

Und: „Zudem profitiert die Rechtsaußen-Partei von den ständigen Krisen, von schlechter Kommunikation der Regierung. Erst Corona, dann der Ukrainekrieg, dazu Energiekrise und Inflation, nun die Heizungsdebatte und steigende Migrationszahlen. All das erzeugt bei vielen Verunsicherung.“

Verunsicherung ist ein sehr geschmeidiges Wort dafür, was insbesondere die politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Grünen momentan wohl bei vielen Bürgern auslösen.

Man kann das alles freilich ausblenden, wenn man möchte. Muss man aber nicht. So kommt der Politik-Professor Andreas Rödder zu einem anderen, ziemlich plausiblen Urteil.

„Der Zusammenhang ist ganz offensichtlich: Es gibt internationale sozialwissenschaftliche Forschungen, dass die grüne Bewegung aus Klima- und Identitätspolitik die rechtspopulistische Gegenbewegung nährt. Heißt: Je ideologischer die Grünen auftreten und ihre Politik durchziehen, desto stärker wird, wie man das sozialpsychologisch nennt, die rechte Reaktanz, die in Deutschland auf das Konto der AfD einzahlt – und die muss nicht einmal aktiv etwas dafür tun“, sagte Rödder der „Bild“ (https://link.newsletter.welt.de/u/nrd.php?p=uid_$llid$_4355594_1_9&ems_l=$launchId$&i=1&_esuh=_11_938d069c5240b684554c5a68fb8b1cec28840403feadec11db6b9d08cad8437b). Aber ich vermute, auch er kann eigentlich nur als Steigbügelhalter für ganz rechts gelten.

So weit, so platt. Doch der „Spiegel“ ist nicht das einzige Medium, das sich eher spezielle Gedanken über die steigende Beliebtheit von Deutschlands Rechtsaußen-Partei macht.

Jüngst konnte man in der „Zeit“ ähnlichen Überlegungen folgen (https://link.newsletter.welt.de/u/nrd.php?p=uid_$llid$_4355594_1_11&ems_l=$launchId$&i=1&_esuh=_11_9981bdcd64ca1733d6efbfe715b473d05ae8b8a6fb44bdddd4e96b08b7463a03). Unter dem Titel „Die schleichende Normalisierung“ beginnt dort ein Text wie folgt: „Selbst wenn die AfD sich aus dem Spiel nimmt: Ihre Wähler finden Alternativen. Das ist eine der Lehren aus der Wahl in Bremen.“ Dass die Wähler Alternativen finden, ist tatsächlich exakt das, was eine Demokratie ausmacht, womit wir wieder bei der Zumutung wären: Demokratie ist kein Wunschkonzert, und erwachsene Bürger sind keine Kleinkinder, die man zum „richtig“ wählen erziehen kann oder soll.

Wer trägt Mitschuld?

Doch auch hier geht es weniger um Ursachenforschung – dafür müsste man die rosarote Grünenbrille schließlich für einen Moment absetzen – als vor allem um die vermeintliche Mitschuld all jener im politischen Betrieb, die man fast genau so sehr verachtet wie die AfD: Liberale und Konservative.

Das klingt dann etwa so: „Und die CDU zündelt mit: Sie spricht in Gestalt ihres Generalsekretärs von einem kleinen grünen Familienclan, der gefährliche, teure und nicht durchdachte Klimapolitik für Deutschland mache." Ich kann an dieser Stelle beim besten Willen kein Zündeln erkennen, aber ich bin auch nicht in Robert Habeck verliebt.

Apropos, auch bei den Grünen vernimmt man ähnliche Töne. So entblödet sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Konstantin von Notz nicht (https://link.newsletter.welt.de/u/nrd.php?p=uid_$llid$_4355594_1_13&ems_l=$launchId$&i=1&_esuh=_11_1a28a98b1cc51339b5375d3c996afd31dd6fe8c606fcd324b6f7f90b7630ec48), den CDU-Chef via Twitter zu fragen: „Lieber Friedrich Merz! Sie sind gegen deutlich progressivere Gegenkandidaten in Ihrer Partei #CDU angetreten, um die #noAFD als Parteivorsitzender zu halbieren. Jetzt ist die Partei in Ihrer Amtszeit auf 17 Prozent gestiegen. Was macht das mit Ihnen?" Mit mir macht diese Vehemenz, auch nur einen Hauch von Selbstkritik zu üben, jedenfalls nichts Schönes.

Doch unabhängig davon, dass man in der links-grünen Blase versucht, alle Schuld von sich auf das politische Gegenüber abzuwälzen, birgt insbesondere eingangs zitierter „Spiegel"-Artikel noch ganz andere Eigenartigkeiten. So, rein demokratietheoretisch betrachtet. „Zuletzt verabschiedete die CDU in Thüringen ein Gesetz und einen Antrag mit Stimmen der AfD, beim Gesetz machte auch die FDP mit", liest man da, natürlich als Vorwurf zu verstehen.

Denkt man dieses Kontaktschuldkonstrukt – ohne Bezug auf wie auch immer geartete Inhalte – weiter, müsste eigentlich auch bald bei Bundestagswahlen (https://www.welt.de/themen/bundestagswahl/) kontrolliert werden, ob ja keine AfD-Mitglieder die FDP oder die CDU wählen. Sonst müsste sich Angela Merkel wohl doch noch einmal aus dem Politikruhestand zurückmelden, um zu verkünden, dass das Ergebnis rückgängig gemacht werden müsse – Stichwort Thüringen, Stichwort Kemmerich (/politik/deutschland/plus239367567/Angela-Merkel-Zu-ihrer-Kanzlerbilanz-gehoert-nun-auch-Missbrauch-des-Staatsamts.html). Zur Rettung der Demokratie, versteht sich.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA 3733 NEIN 180

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: http://epaper.welt.de

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: https://www.welt.de/245556722